

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postkassentor: Dresden 1530
Verlagslokal: Riesa Nr. 52.

Nr. 250.

Freitag, 24. Oktober 1924, abends.

77. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Noten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 3. mm breite, 3 mm hohe Werbefläche (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 80 mm breite Werbefläche 100 Gold-Pfennige; zelttaubender und tabellarischer Satz 50%, Kalkül, keine Tarife. Familienrabatt besteht, wenn der Betrag vergrößert, durch Abgabe einzelner Anzeigen in Kontos gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtigkeitsunterhaltungsbeiträge "Argahler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Beförderungsanstalten — hat der Abonnent keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Ringer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Vor wichtigen Entscheidungen.

Berlin, 24. Oktober. Die Befürchtung, daß der gegenwärtige Wahlkampf die außenpolitischen Interessen des Reiches ernsthaft gefährden könne, scheint sich nach den Aufstellungen der unterrichteten Beobachterkreise nicht zu bestätigen. Vielmehr sieht das ganze Ausland dem Ausgang der deutschen Wahlen mit der denkbar größten Aufmerksamkeit entgegen, weil allgemein die Notwendigkeit einer Konsolidierung der parlamentarischen Verhältnisse anerkannt wird. In den nächsten Wochen treten wieder eine Reihe wichtiger außenpolitischer Probleme in ein akutes Stadium ein, sodaß sich daraus bestimmte unmittelbare Zusammenhänge mit den bevorstehenden Wahlen ergeben. Wie wir hören, neigt die abschließende Revision der interalliierten Militärkontrollen nunmehr ihrem Ende entgegen. Der bisherige Verlauf der Kontrollmaßnahmen ist, wie bereits von den beteiligten Stellen ausdrücklich betont worden ist, vollst. befriedigend. Demnach wird also gegen Ende Dezember die Konferenz der alliierten Regierungen darüber zu beschließen haben, ob nunmehr endlich mit der interalliierten Militärkontrolle in Deutschland Schluss gemacht werden wird. Der Gesamtzustand der außenpolitischen Lage ist augenblicklich ganz befriedigend, sodaß zweifellos ernsthafte Aussichten auf die endgültige Befreiung der Militärkontrollen bestehen.

Es ist nicht ganz ohne Bedeutung, in diesem Stadium der Entwicklung auf die Stimmungen im Ausland hinzuweisen. Aus den Kommentaren, besonders der englischen und der italienischen Blätter, — von den französischen Stimmen kann man aus sehr naheliegenden Gründen ohne weiteres absehen — geht ohne weiteres hervor, daß die europäischen Mächte mit einer zunehmenden Festigung der deutschen Verhältnisse rechnen und sich der Erwartung hingeben, daß nach den Wahlen in Deutschland eine arbeitsfähige parlamentarische Politik zustande kommt, die es der deutschen Regierung gestattet, ihre bisherige Außenpolitik fortzuführen. In den maßgebenden Regierungskreisen hat man den Eindruck, daß das Vertrauen des Auslandes in eine geordnete Entwicklung der deutschen Verhältnisse außerordentlich groß ist, und man weiß bei dieser Gelegenheit auf den beispiellos glänzenden Erfolg der deutschen Anleihe hin, die nach den amtlichen Berechnungen im Durchschnitt mindestens um das zwölfte bis fünfzehnfache überzeichnet worden ist. Dieses Vertrauen des Auslandes kann als Gradmesser für die Aussichten der künftigen Außenpolitik Deutschlands gelten.

Die deutsche Diplomatie wird es nicht mehr nötig haben, die denkbar größten Anstrengungen zu machen, um die Welt von der Notwendigkeit zu überzeugen, daß Deutschland zu seinem Wiederaufbau der ungehörten Entlastung seiner Kräfte bedarf und vor einer Wiederholung der Ereignisse in seine Existenzrechte von außen her bewahrt bleiben muß. Dieser Umstand macht sich gerade jetzt bei der Frage der Aufrechterhaltung der deutschen Zepellinanlagen in Friedrichshafen geltend. Es ist doch immerhin sehr interessant, daß augenblicklich nicht einmal in Frankreich mehr die Forderung auf Beseitigung dieser Anlagen wiederholt wird. Der Ankurs der nationalpolitischen französischen Presse ist vielmehr überraschend schnell zum Schweigen gebracht worden. Auch darin kann man den Beweis für die Tatsache erblicken, daß die Lage Deutschlands sich wesentlich gebessert hat und absolut kein Grund vorliegt, die künftige Entwicklung vom pessimistischen Standpunkt aus zu betrachten. Um so mehr aber besteht nach Auffassung der leitenden diplomatischen Stellen des Berliner Auswärtigen Amtes, die von parteipolitischen Auseinandersetzungen absolut fernstehen, die unbedingte Notwendigkeit, daß diesmal ein arbeitsfähiger Reichstag zustandekommt, der auf der parlamentarischen Grundlage die Regelung der Regierungsgeschäfte gestattet. Ein Sieg der antiparlamentarischen Kräfte würde nicht dazu beitragen, die Aufwärtsentwicklung sicherzustellen, sondern würde nur zu einer, wenn auch nur vorübergehenden Erschütterung der Lage Deutschlands führen.

Die Parteitage der Mitte.

Berlin. Das Interesse der politischen Kreise konzentriert sich gegenwärtig auf die Aussicht einer Wiedervereinigung zwischen den bisherigen Regierungsparteien, die bekanntlich von den führenden Stellen dieser Parteien in die Wege geleitet wird. Es ist ein besonderes Zusammenkommen, das in den nächsten Wochen die Deutsche Volkspartei, das Zentrum und die Demokraten ihre Parteitage zusammenberufen haben, um eine endgültige Stellungnahme zu den Problemen der Regierungsfrage herbeizuführen. Auf dem volksparteilichen Parteitag wird Minister Dr. Stresemann in einer hochpolitischen Rede für die unbedingte Wiederherstellung und Fortführung der Politik der Mitte eintreten, während Reichsanwalt Dr. Marx in dem gleichen Sinne auf dem Parteitag des Zentrums hervortreten wird. Der demokratische Parteitag, der allerdings den Charakter eines außerordentlichen Parteitages trägt, soll die Richtlinien der demokratischen Partei für den Wahlkampf festlegen und die Jugendlichkeit der Demokraten zu der Politik der Mitte festlegen. Im Zusammenhang hiermit hat es in den politischen Kreisen großes Aufsehen hervorgerufen, daß die Führer der Deutschen Volkspartei ausdrücklich erklären, daß für die Deutsche Volkspartei ein Wahlbündnis mit den Deutschnationalen nicht in Frage komme, sondern die Partei als selbständige Mittelpartei im Wahlkampf auftreten werde.

Der Kampf um den Reichspräsidenten.

Die Deutsche Volkspartei fordert Eberts Rücktritt.
Berlin. Im Laufe des Mittwoch-Nachmittags hielt die Fraktion der Deutschen Volkspartei eine Sitzung ab, in der die bisherigen Beschlüsse bekräftigt wurden. In der Aussprache wurde allgemein der Rücktritt Eberts verlangt. Mit einer scharfen Forderung der Partei nach dieser Richtung wird auf den zum 16. November einberufenen Parteitag gerechnet.

Kein Wahlabkommen zwischen Volkspartei und Deutschnationalen.

Berlin. Der Vorsitzende der Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz bezeichnete die ihm angebotene von einem Berliner Vertreter der römischen "Tribuna" in den Mund gelegte Neuherung, daß seine und die Deutschnationale Volkspartei bei den Wahlen wahrscheinlich gemeinsame Sache machen würden, als frei erfunden. Darüber hinaus wird von ausländischer Seite festgestellt, daß die Meldung von einem angeblichen Wahlabkommen zwischen den beiden Parteien auch sonst jeder Grundlage entbehrt und von ganz unzulässiger Tendenz eingeleitet ist. Die Deutsche Volkspartei werde den Wahlkampf in voller Selbständigkeit führen. Der gleiche Tatbestand liegt zweifellos auch auf Seiten der Deutschnationalen Volkspartei vor.

Keine Spaltung der Deutschnationalen Partei.

Berlin. Von führender deutschnationaler Seite wird uns mitgeteilt, daß die Gerüchte über eine angebliche Spaltung der Deutschnationalen Partei, die im Zusammenhang mit einer Verhärterung der dem alldutschen Führer, Justizrat Dr. Claf nachstehenden "Deutschen Zeitung" entstanden waren, jeder Grundlage entbehren. Die Deutschnationale Partei wird in voller Geschlossenheit in den Wahlkampf einziehen und an ihrer Parole der Wiederherstellung der Monarchie und des Aufbaues Deutschlands auf nationaler und völkischer Grundlage festhalten. Zu der Frage der auswärtigen Politik nimmt die Mehrheit der deutschnationalen Führerkreise nach wie vor eine absolute ablehnende Haltung gegenüber den Londoner Abmachungen ein und schiebt sich an feinerlei Abmachungen mit der Deutschen Volkspartei gebunden.

Hergt legt den Parteivorstand nieder.

Berlin. Der bisherige Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei, Staatsminister A. F. Hergt, hat den Parteivorstand niedergelegt. Parteiamtlich wird dazu noch folgendes mitgeteilt: Der Parteivorstand der Deutschnationalen Volkspartei hielt heute im Reichstag eine Sitzung ab, in der an erster Stelle die Frage des Wahlkampfes erörtert wurde. Der bisherige Parteivorstand Staatsminister Hergt erklärte entsprechend seiner bekannten öffentlichen Auffassung, daß er den Parteivorstand niederlege, nachdem die Verhandlungen über die Regierungsbildung ihr Ende gefunden hätten. Der Parteivorstand nahm mit herzlichstem Bedauern den Entschluß des hochverdienten Parteiführers zur Kenntnis, sprach ihm den herzlichsten Dank für seine erfolgreiche und selbstlose Leitung der Partei aus und richtete an ihn die einmütige Bitte als Mitglied der Parteileitung weiterhin der Partei seine Kraft zur Verfügung zu stellen, die unter ihm zur stärksten Partei Deutschlands geworden sei. Mit der Parteiführung wurde bis zur sachgemäßen Neuwahl der Parteileitung, die Ende dieses Jahres stattfinden wird, der Vorsitzende der preussischen Landtagsfraktion, Dr. Windler, betraut. Zugleich wurde der Großadmiral v. Tirpitz einhellig zum Mitglied der Parteileitung ernannt. Im Laufe der nächsten Woche werden die Vorsitzenden der Landesverbände der Deutschnationalen Volkspartei zu einer Sitzung zusammentreten.

Reichsminister Dr. Hamm lehnt die Kandidatur ab.

Berlin. Der Reichsminister Dr. Hamm hat der Wahlkreisorganisation der demokratischen Partei für Oberbayern und Schwaben, die ihm erneut die Spitzenkandidatur angetragen hat, mitgeteilt, er müsse mit Rücksicht auf seine durch die aufsehbare politische Tätigkeit der letzten zehn Jahre stark angegriffene Gesundheit die Kandidatur ablehnen, sei jedoch bereit, der demokratischen Sache nach wie vor seine Kraft zu leihen.

Die Misstrauensanträge im preussischen Landtag abgelehnt.

Berlin. (Funkpruch.) Im preussischen Landtag wurde das deutschnationale Misstrauensvotum gegen den Ministerpräsidenten Braun in namentlicher Abstimmung mit 192 gegen 79 Stimmen bei zwei Stimmenthaltungen abgelehnt. Das Misstrauensvotum gegen den Minister des Innern Severing wurde in der heutigen Landtagsitzung mit 205 gegen 80 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

„Aktive Kampfmittel“

Der Kommunisten.

Planmäßige Erzeugung der Versammlungen.

Berlin. Die „Rote Fahne“ meldet, daß die gestrige Tagung der kommunistischen Partei einstimmig die Erzeugung aller „aktiven Kampfmittel für die Wahl und die Wahlversammlungen“ beschlossen hat (was heißen soll; die planmäßige Erzeugung der nichtkommunistischen Wahlversammlungen im Reich). Die R.D.Z.

Weitere Hausdurchsuchungen in Berlin.

Berlin. Das Vorgehen des Untersuchungsrichters beim Staatsgerichtshof gegen die ihrer Immunität verlustigen kommunistischen Reichstagsabgeordneten, gegen die Hochverratsverfahren schweben, hat zu weiteren Hausdurchsuchungen in Berlin geführt. In aller Frühe erdienten Beamte der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums in der Wohnung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Schmetzer, der im Quartier des sich augenblicklich in Berlin aufhaltenden sächsischen Landtagsabgeordneten Paul Götzler war, um nach dem Verbleib des künftigen Reichstagsabgeordneten Koenen zu forschen, von dem man annahm, daß er sich in einer der beiden Wohnungen verheimlichte. Die Durchsuchungen verliefen ergebnislos. Koenen hielt sich dort nicht auf, er hat anscheinend rechtzeitig von der Suche nach ihm Wind bekommen.

Zwei flüchtige Abgeordnete gefaßt.

Berlin. Nach der „Rote Fahne“ sind gestern in Stuttgart der bisherige kommunistische Reichstagsabgeordnete Raslowski und in Bremen der bisherige Abgeordnete Eppstein verhaftet worden.

Die Exterritorialität der Sowjetvertretung.

Berlin, 24. Oktober. Die vom Staatsgerichtshof wegen Hochverrat und gemeiner Verbrechen verurteilten kommunistischen Abgeordneten befinden sich mutmaßlich noch in Berlin, wie aus Telefonanrufen der Gestapo bei Berliner Bekannten gestern Abend hervorgeht. Soweit bis jetzt festgestellt ist, sind zwei dieser Anrufe von der Telefonnummer der Sowjetvertretung geführt worden, in die die Polizei wegen der Exterritorialität der Gesandtschaft nicht eindringen darf.

Die Vollziehung des Landwirtschaftsrates in Berlin.

Berlin. Unter zahlreicher Beteiligung aus allen Teilen Deutschlands trat gestern der deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner 54. außerordentlichen Vollversammlung zusammen. Die Verhandlungen werden sich über zwei Tage hinausziehen. Die öffentlichen Kundgebungen finden heute Freitag statt. Zu ihnen erwartet man auch das Erscheinen des Reichsanwalts Marx, des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft Grafen Ranitz und des Wirtschaftsministers Hamm, die voraussichtlich auch das Wort ergreifen werden. Freitag steht zunächst das Thema: „Landwirtschaft und Handelspolitik“ auf der Tagesordnung. Als Referenten sind Rittergutsbesitzer Graf von Kallering-Gamern und Direktor Dr. Müller-Berlin vorgesehen. Ueber das Thema: „Landwirtschaft und Reichsversicherungsangelegenheiten“ werden Landesrat Schröder-Berlin und Graf von Vaudissen-Berlin sprechen. Schließlich wird noch die wichtige Frage: „Landwirtschaft und Reichssteuerwesen“ zur Beratung kommen. Hierzu haben Direktor Dr. Horlacher-München und Regierungspräsident a. D. Rütcher-Berlin Berichte übernommen.

Eine landwirtschaftliche Kreditbank gefordert.

Berlin. Der Deutsche Landwirtschaftsrat hat in seiner außerordentlichen Vollversammlung einstimmig beschlossen, zu fordern, daß die Errichtung einer landwirtschaftlichen Kreditbank, wie sie in § 9 des Gesetzes über die Goldnotenbank vorgesehen ist, unverzüglich und in enger Anlehnung an die erfolgte Umgestaltung der Deutschen Rentenbank vorgenommen werde. In dem Weispruch heißt es weiter: Die deutsche Landwirtschaft, die ohne Mitverantwortung staatlicher Organe zu zwei Dritteln die Lasten für die Wiederherstellung der deutschen Währung übernommen und getragen hat und die nunmehr zur Tilgung der aus diesem Anlaß bei der Rentenbank aufgenommenen Reichskredite verpflichtet worden ist, muß für sich das Recht und die Fähigkeit in Anspruch nehmen, die bei der deutschen Rentenbank zur Sanierung ihrer eigenen Kreditnot verfügbare geliebten geringen Mittel durch ihre eigenen Organe zu verwalten.

Die Tätigkeit der Kontrollkommission.

Berlin. In der Woche vom 13. bis 18. 10. sind von den interalliierten Kontrollkommissionen aufgeführt worden 24 Truppeneinheiten, 31 Veresanstalten und Verwaltungsstellen, 42 Polizeistellen, 30 Firmen und Fabrikbetriebe. Außerdem fand ein nicht angelegter Besuch bei einem Truppenteil in Dessau statt. Unter den der Kontrolle unterworfenen Fabrikbetrieben befinden sich die Firmen Wöhring in Görbe, Stahlwerk Weder in Wilsch Mannesmann-Röhrenwerke in Witten.